Zeitschrift: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 46 (1967)

Heft: 9

Artikel: Antwort an einen Kritiker

Autor: Lienhard, Richard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337950

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Antwort an einen Kritiker

Martel Gerteis hat es für nötig befunden, den «Ordnungsruf von links»¹ einer scharfen Kritik zu unterziehen. Dass er von seinem Recht auf freie Meinungsäusserung sowie von seinem Recht auf Irrtum so offen Gebrauch macht, weiss ich zu schätzen. Eine derart kritische Stellungnahme ruft natürlich nach einer prinzipiellen Antwort, und so bleibt mir nun, den «Ordnungsruf» auch gegenüber Martel Gerteis zu verteidigen. Dabei hoffe ich, dass meinem Kritiker nicht nur der Pluralismus, sondern auch der Dialog «Spass macht». Dass mein bisheriges freundschaftliches Verhältnis zu Martel Gerteis durch diesen Dialog etwas getrübt werden könnte, nehme ich in Kauf. Es gehört zum Schicksal eines jeden, der in der Öffentlichkeit Kritik übt: er verliert mehr Freunde im Leben als durch den Tod.

Das Alibi

Um den gröbsten Irrtum von Martel Gerteis vorwegzunehmen: er unterstellt mir, die Motive meiner kritischen Ausführungen seien in einer «Abrechnung» mit U. Götsch und U. Kägi zu suchen. Es hätte erwartet werden dürfen, dass mir Martel Gerteis wenigstens die Integrität der Motive zugute gehalten hätte. Als ich die beiden umstrittenen Grundsatzreferate kritisierte, fragte ich auch nicht nach dem Motiv der Verfasser, so reizvoll dieses Unternehmen gewesen wäre. Obwohl ich es Martel Gerteis überlassen könnte, den Beweis für seine gewagte Behauptung anzutreten, seien einige Bemerkungen zu meinem Alibi angeführt:

Der aus der Feder von Emil H. Walter stammende Artikel², in dem U. Götschs Grundsatzreferat kritisch beleuchtet wird, ist bereits im Dezember 1966 bei mir eingegangen. Da in jenem Zeitpunkt U. Götsch bereits als Regierungsratskandidat nominiert war, übernahm ich die für einen Redaktor peinliche Aufgabe, einem wahltaktischen Überlegungen weniger zugänglichen Vertreter der jungen Generation klarzumachen, dass die Publikation seiner kritischen Äusserungen bis zur Zeit nach dem Wahlkampf zurückgestellt werden müsse. Doch nicht genug: ich übermittelte gleichzeitig U. Götsch einen Abzug des betreffenden Artikels mit der Einladung, er möge zu den Äusserungen seines Kritikers Stellung nehmen. Eine Entgegnung ist aber – erwartungsgemäss – nie eingegangen. Auch der kritische Kommentar von K. Czernetz lag bereits im Februar dieses Jahres auf meinem Redaktionstisch. Hier stand U. Götsch ebenfalls die Möglichkeit offen, nach dem Wahlkampf zu den in der theoretischen Zeitschrift SPÖ veröffentlichten Czernetz-Artikel Stellung zu nehmen. Auch in der Auseinan-

¹ Vgl. «Profil» Nr. 7/8, 1967.

² Vgl. «Profil» Nr. 6, 1967.

dersetzung mit U. Kägi fehlte jede «Vorgeschichte». Oder muss ich noch die Erinnerung an seinen hochgeschätzten Vater beschwören, um überzeugend darzutun, dass ich frei von jedem Vorurteil war? Nein, nicht aus kleinlichen Ressentiments habe ich geschrieben, sondern aus tiefer Sorge, die mich seit Jahren nicht mehr loslässt: aus der Sorge um gewisse Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich.

Der sachliche Kritiker und der weniger sachliche

Martel Gerteis übersieht vor allem, dass meine Ausführungen zum «Ordnungsruf» allein von der Sache her begriffen werden können. Obwohl er immer wieder für Sachlichkeit plädiert, geht er auf das eigentliche Anliegen meiner Stellungnahme überhaupt nicht ein. Wie Redaktor Otto Schmidt in seinem «Tagwacht»-Kommentar richtig schrieb, ging es mir zunächst um die Frage, ob und wieweit die Tageszeitung das geeignete Forum für die beiden umstrittenen Grundsatzreferate gewesen sei. Über eine solche Frage wird man sich in einer theoretischen Zeitschrift noch unterhalten dürfen. Sie ist übrigens nicht nur theoretischer, sondern sehr praktischer Natur, wenn man bedenkt, welch bittere Erfahrungen mit der Publikation dieser beiden Referate gemacht wurden. Haben sie uns ausser einiger zustimmender Kommentare der «NZZ» mehr eingebracht als eine allgemeine Verwirrung unter der Mitgliedschaft? Es kommt denn auch nicht von ungefähr, dass mir gerade von seiten ausgesprochener Praktiker zahlreiche aufmunternde Zuschriften zum «Ordnungsruf» zugegangen sind. Damit soll beileibe nicht gesagt sein, dass grundsätzliche politische Betrachtungen aus der sozialdemokratischen Tagespresse verbannt werden sollten. Im Gegenteil! Ich habe eine zu hohe Auffassung von der Gesinnungspresse, ich war zu lange ihr Mitarbeiter, um zu wissen, dass es ihre vornehmste Aufgabe sein muss, über die tagespolitischen Notwendigkeiten hinaus als geistige Waffe zu wirken und so wesentlich zur Stärkung der politischen Gesinnung beizutragen. Es besteht heute sogar eher die Gefahr, dass unsere Parteipresse der Entideologisierung zu grosse Konzessionen macht. Um ein Wortspiel des frühern Chefredaktors der «Wiener Arbeiterzeitung» abzuwandeln: Auch die von Martel Gerteis redigierte Zeitung hat einmal im Dienst der zürcherischen Arbeiterbewegung Geschichte gemacht. Heute aber liest man in diesem Blatt zuviel Geschichten.

«Mobilisierung der Demokratie»

Bei den beiden umstrittenen Grundsatzreferaten, die Gegenstand meiner Kritik waren, handelt es sich indessen nicht um blosse grundsätzliche Betrachtungen etwa zu einem Programm oder zu tagespolitischen Fragen. Dort ging es um mehr: um die Formulierung neuer Leitbilder, um radikale Zerstörung lieb gewordener Vorstellungen und um die Relativierung von Wer-

ten, die zahlreichen, vor allem älteren Parteifreunden noch teuer sind. Geschichte und Auftrag der sozialistischen Arbeiterbewegung lassen sich nun einmal nicht mit ein paar kühnen Federstrichen im Telegrammstil darstellen. Auf diese Weise wird man ihrem Ideenreichtum und ihren grossen Zielsetzungen nicht gerecht. Zu einer weitern Vereinfachung sorgten dann noch die eiligen Leser, die meist nur einen Bruchteil der homöopathisch dosierten Fortsetzungen lasen und so gar nicht in der Lage waren, die Referate als Ganzes zu würdigen. Was Wunder, dass damit den Missverständnissen aller Art Tür und Tor geöffnet war. Auch zeigte sich, zu welcher Konfusion eine Diskussion führen kann, wenn sie nicht geschickt geführt wird; denn eine Diskussion führt ins Nichts, wenn man sich nicht zum vornherein klar ist, von welchen Gesichtspunkten aus diskutiert werden soll. So wurde nun bald dem Letzten klar, dass in dieser Weise die Neuformulierung sozialistischer Zielsetzungen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

In diesem Zusammenhang sei anhand eines Beispiels aufgezeigt, wie man andernorts, nämlich in der SPD, vorgeht, um dem geistigen Ringen um Klärung und Neufassung des Demokratiebegriffs zu dienen. Auf alle Fälle nicht so, dass sich einzelne Funktionäre direkt an die Tagespresse wenden. So hat sich schon vor geraumer Zeit in München eine Arbeitsgruppe gebildet, welche Vertreter aktiver Politiker und Vertreter verschiedener Wissensund Sachgebiete umfasst. Auf zuverlässige Weise wurden hier zunächst Grundprobleme der demokratischen Ordnung und des Sozialismus diskutiert. Es folgte darauf der Versuch, die «ideologische Grundlage des modernen Sozialismus» neu zu formulieren. Das Ergebnis war ein ansehnliches Werk, das den Titel «Mobilisierung der Demokratie» trägt. Ich räume gerne ein, dass dieses Buch auch weniger ausführlich hätte gestaltet werden können. Wir kennen ja das Körnchen Wahrheit jenes geflügelten Wortes: «Wenn der Deutsche auf die Nase fällt, schreibt er eine Dissertation über Bodengerüche.» Wesentlich ist für uns aber, dass ein Auszug aus diesem Werk der Parteileitung der SPD zuhanden eines Parteitages unterbreitet wurde. Damit aber eine Grundsatzdiskussion über Sozialismus auf dem Parteitag der Klärung statt der Konfusion diene, wird die Auseinandersetzung zunächst in zahlreichen möglichst kleinen Kreisen und Gruppen geführt. Dieses Vorgehen scheint mir allein vertretbar zu sein.

Soll ein in dieser Form vorbereitetes

Gespräch über Sozialismus

nur in München, in Wien oder in Graz geführt werden? Warum nicht auch in Zürich? Dabei könnten die beiden umstrittenen Grundsatzreferate als das gewürdigt werden, was sie sind: interessante Diskussionsbeiträge, die gerade wegen ihrer provozierenden Wirkung zum Dialog herausfordern müssten. Eine andere Frage ist, ob sie das Ergebnis des Gesprächs wesentlich zu be-

einflussen vermöchten. Nicht denkbar ist, dass das Gespräch dort ausmünden dürfte, wo Martel Gerteis steht. Die Formulierung einer ideologischen Grundlage für den «Sozialismus von heute» müsste vom hohlen Dogmatismus und vom flachen Pragmatismus gleich weit entfernt sein. Martel Gerteis aber gehört bekanntlich zu den unentwegten Befürwortern einer möglichst radikalen Entideologisierung. Ich betrachte diesen Weg als verfehlt. Unser politischer Gegner hat nicht umsonst diese zweifelhafte Marschrichtung lange genug gepriesen. Er tat dies in der richtigen Erkenntnis, dass eine konservative Partei, die nur das Bestehende zu verteidigen hat, durch die Entideologisierung weniger getroffen wird.

In jüngster Zeit scheint sich allerdings in weitsichtigern Kreisen des Freisinns eine Umkehr anzubahnen. Man kann schliesslich auch dort nicht mehr verkennen, dass mit der zunehmenden Entideologisierung das Ansehen der historischen Parteien Schaden nehmen muss, sehr zum Nutzen der von Wahl zu Wahl taktierenden und lavierenden «Bewegungen». Jedenfalls wäre es für die Sozialdemokratische Partei verfehlt, diesen Weg weiter zu beschreiten mit der Begründung, wir hätten nun heute die «Pluralistische Gesellschaft». Nichts gegen den Pluralismus im politischen Leben; denn er ist im Interesse des geistigen Wettbewerbs unbedingt nötig. Aber alles gegen den Pluralismus als Leerformel, mit welcher unserer Partei der Ideologieverzicht schmackhaft gemacht werden soll. In einer Zeit zunehmender Konzentration wirtschaftlicher Macht, in einer Zeit, da die gesellschaftliche Situation des einzelnen immer ohnmächtiger wird, ist die Fiktion eines ideologischen Neutralismus geradezu selbstmörderisch. Nach meiner Auffassung müsste die Sozialdemokratische Partei bei der Neuformulierung ihrer ideologischen Grundlage an die grossen Ziele des Sozialismus anknüpfen. Dies allerdings nicht in der Weise, dass sie einfach steril übernimmt, was seine Pioniere hinterlassen haben, sondern indem sie bleibende Erkenntnisse der Vergangenheit in die Sprache und in das System moderner Theorie überträgt. Nur so werden wir der tiefern Sehnsucht der Menschheit nach grossen Zielen gerecht. Allein auf diese Weise wird die Sozialdemokratische Partei die grosse politische Kraft, derer unsere Demokratie immer mehr bedarf; denn sozialdemokratische Politik will ja nichts anderes sein als die grosse Alternative zu den konservativen Kräften. Zu diesem Zwecke muss sie sich immer wieder neue Ziele setzen, möge sie auch desillusionierten Realpolitikern als utopisch erscheinen; aber gerade der Mut zur Utopie war es, der die Pioniere des Sozialismus beseelte und antrieb, die Welt in Bewegung zu setzen und zu verändern.

Zurück zum Grütlianerverein?

Man sollte sich als Sozialdemokrat hüten, allzuviel vom Geschwätz über den Trend zur «Konsumgesellschaft» und zur «modernen Industriegesellschaft» zu halten.

Martel Gerteis hat es in den letzten Jahren übernommen, immer wieder leichtverständliche Abhandlungen über technische Errungenschaften zu schreiben, um so seinen Lesern auf populäre Weise Kenntnisse aus der Welt der Technik zu übermitteln. So trug er und trägt er weiterhin mit Geschick dazu bei, dass der Abstand zwischen Spezialisten und Konsumenten der Technik nicht allzu gross wird. Aber Martel Gerteis dürfte es doch wohl nicht entgehen, dass die rasende Entwicklung der Wissenschaft und Technik auch eine andere Seite aufzeigt. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich der Mensch inmitten von Computer, Kühlschränken und Fernsehapparaten keineswegs geborgen fühlt. Von der Lebensangst beherrscht, ist sein Bedürfnis um so grösser, sich in der ihm zusammenhangslos erscheinenden Welt ein Ordnungsbild zu schaffen. Bewusst oder unbewusst fühlt er die offensichtliche Diskrepanz zwischen dem technischen Fortschritt und unserer gesellschaftlichen Lebensordnung. Darum besteht für uns Sozialdemokraten um so weniger Grund, auf die Formulierung von gesellschaftlichen Alternativen zu verzichten. Welches wären die Folgen eines solchen Verzichts? Es fehlt wahrhaftig nicht an mahnenden Stimmen namhafter Persönlichkeiten aus allen Wissensgebieten. Sie sind sich einig in der Auffassung, dass die Demokratie immer mehr durch die Technokratie bedroht wird, weil die Gefahr besteht, dass «eines Tages die Techniker und Bürokraten die Herren über eine Welt manipulierter Arbeiter werden»3. Nun dürfte auch dem Letzten klarwerden, dass der Weg zurück zum Grütlianerverein oder zur linksliberalen Volkspartei keine Lösung darstellt. Abgesehen davon könnte eine sozialdemokratische Partei, die sich grundsätzlich gesehen von einer andern Partei nur noch durch Nuancen unterscheiden würde, nicht mehr als attraktiv erscheinen. Ich bitte Martel Gerteis, es als beschwörenden Zuruf zu betrachten, wenn ich sage: Eine Sozialdemokratische Partei, die nichts mehr sein wollte als ein Interessenhaufen oder eine Wahlmaschine, eine Sozialdemokratische Partei, die sich damit begnügte, nur noch um die nächste Ecke herum Politik zu treiben, um so von der Hand in den Mund zu leben, eine solche Partei wäre zum Untergang verurteilt.

Lob der Parteidemokratie

Martel Gerteis irrt schliesslich, wenn er glaubt, in unserer Monatsschrift den Parteitheoretiker gegen den Praktiker ausspielen zu können. Das «Profil» ist, mit Verlaub gesagt, kein Forum für wirklichkeitsfremde Theoretiker, denen es vornehmlich um geistige Selbstbefriedigung geht. Seine Mitarbeiter sind durchweg praktisch orientiert, und sie anerkennen die Theorie nur soweit, als sie Aussicht hat, einmal Praxis zu werden. Im Gespräch um den Sozialismus von heute sind sie frei von jedem ideologischen Katechismus. Sie treten vielmehr für weite geistige Öffnung ein. Der Öffnung nach aussen muss aber die Öffnung nach innen, zur Parteidemokratie hin, entsprechen.

³ Vgl. dazu Oscar Pollak «Der neue Humanismus».

Deshalb vermag ich nicht einzusehen, weshalb der Pluralist Martel Gerteis an einer «Gruppierung» innerhalb der kantonalen Partei Anstoss nehmen kann. Ich glaubte immer, das Wesen der pluralistischen Gesellschaft liege in der Existenz gleichberechtigter autonomer Gruppen. Was für den pluralistischen Staat gilt, hat auch für eine demokratisch organisierte Partei zu gelten. Ich halte Kritik geradezu als Voraussetzung für ein reges Parteileben. Kritik kann sich sowohl auf die Sache wie auf die Personen beziehen; denn häufig genug beeinflussen nicht nur Ideen, sondern auch Personen eine Partei. Dass solche Kritik der Sache angemessen sein soll und nicht verletzend vorgetragen werden darf, braucht nicht besonders betont zu werden. Gerade in dem oben zitierten Werk «Mobilisierung der Demokratie» wird zutreffend ausgeführt, wie verfehlt es ist, behaupten zu wollen, auch scharfe Auseinandersetzungen innerhalb der Partei müssten ihrem Ansehen schaden. Diese Auffassung stammt noch aus einer Zeit, in der sich im Gegensatz zur heutigen «Pluralistischen Gesellschaft» die Weltanschauungsparteien als geschlossene politische Kampfgruppen gegenüberstanden.

Selbstverständlich ist es wünschenswert, dass die Partei möglichst geschlossen nach aussen auftritt. Diese Einmütigkeit ist aber nur dann Ausdruck politischer Kraft, wenn sie aus dem offenen Dialog erwachsen ist. Wo das Verständnis für den Dialog fehlt, da mangelt eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Einmütigkeit. In einem solchen Fall ist Kritik geradezu geboten. Dazu kommt, dass in der Zeit zunehmender Entideologisierung die Gegensätze der Parteien sich immer mehr auf Unterschiede der Persönlichkeiten reduzieren. Darum besteht für das Parteivolk Anlass genug, trotz dem Trend zum Konformismus den kritischen Sinn für die Beurteilung von politischen Persönlichkeiten nicht nur zu bewahren, sondern zu schärfen. Loyale Haltung auch gegenüber Parteifunktionären lässt sich nicht auf Lob beschränken, sondern schliesst Kritik mit ein. Hier gilt noch immer, was einst Günther Nenning mit der ihm eigenen meisterhaften Formulierungsgabe so treffend umschrieben hat:

«Meine Loyalität ist unteilbar gegenüber dem Sozialismus. Gegenüber jedem sozialistischen Funktionär ist sie teilbar. Die Teilung vollziehe ich nach bestem Wissen und Gewissen am Massstab meiner unteilbaren Loyalität gegenüber dem Sozialismus.»